Von links: Tobias Leuning, Dr. Robert Datzer, Hermann Leuning.

L 182 SANIEREN, RADWEG SCHNELL NACHRÜSTEN

>>> Die SPD Swisttal unterstützt die Bemühungen der Stadt Bornheim, der SPD Bornheim und des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) für einen Radweg entlang der L 182 zwischen Heimerzheim und Bornheim. Dazu erklärt der SPD-Vorsitzende Tobias Leuning: „Dass der Radweg bei der Ausbauplanung der stark befahrenen und gefährlichen Landesstraße nicht berücksichtig wurde, ist ein unglaubliches Versäumnis. Politik und Behörden müssen nun gemeinsam schauen, wie dieser schnellstmöglich nachgerüstet werden kann. Trotzdem muss die lang ersehnte Sanierung der L 182 im nächsten Jahr endlich beginnen. Die Straße ist in katastrophalem Zustand und für alle Verkehrsteilnehmer gefährlich.“ Leuning sieht hier den örtlichen CDU-Landtagsabgeordneten Krauß in der Pflicht, mit dem Landesbetrieb Straßen einen Vorschlag zu erarbeiten, wie dies geschehen kann. „Nur festzustellen, dass der nötige Grunderwerb nicht getätigt wurde, hilft nicht weiter. Nun muss Geld bereitgestellt und geplant werden!“

Auch der Heimerzheimer Ortsvorsteher Hermann Leuning unterstützt die Initiative seines Breniger Amtskollegen Wilfried Hanft (beide SPD) für diesen Radweg. Um die Attraktivität und Verkehrssicherheit für Radfahrer zeitnah zu verbessern, schlägt er vor, zu schauen, was auf den parallel verlaufenden Feld-wegen an Sofortmaßnahmen nötig sei. Beispielsweise müsse die Beschilderung verbessert und geändert werden. Es könne nicht sein, dass Ortsunkundige noch auf die für Radfahrer viel zu gefährliche Landesstraße geführt werden, kritisiert Leuning, der viele Jahre Vorsitzender des ADFC Swisttal war.

SPD BRINGT GESAMTSCHULE FÜR SWISTTAL INS GESPRÄCH

Zögern der Bürgermeisterin gefährdet Schulstandort Heimerzheim

>>> „Wir wollen den Schulstandort Heimerzheim für die Zukunft sichern. Das ist für die Attraktivität der Gemeinde als Wohn- und Gewerbestandort sehr wichtig. Die jetzige Sekundarschule in eine Gesamtschule umzuwandeln, die zu allen Abschlüssen führt, könnte eine gute Möglichkeit sein“, erklärt Wilfried Bialik, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Handlungsdruck verursachen die Entwicklungen in den Nachbarkommunen. Die neue Gesamtschule in Rheinbach erfreut sich großer Beliebtheit, in Alfter wird ebenfalls ein Gesamtschulstandort entstehen und in Bornheim möglicherweise eine zweite Gesamtschule. Der Bürgermeisterin ist es nicht gelungen – wie von der SPD gewünscht – eine Interkommunale Schulentwicklungsplanung für die linksrheinischen Kommunen auf den Weg zu bringen. Das zögerliche Verhalten gefährdet den Schulstandort Heimerzheim, denn die rundum entstehenden Schulen sind auch für Swisttaler Schülerinnen und Schüler attraktiv. Ein umfangreicher Antrag der SPD brachte neuen Schwung in die Sache. Bialik erläutert: Der Schulausschuss stand unseren Anregungen sehr offen gegenüber. In Gesprächen mit der Bezirksregierung wird nun geklärt, ob Swisttal eine Gesamtschule ausnahmsweise auch 3-zügig starten könnte (eigentlich vier Klassen pro Jahrgang). Eine andere Option ist eine Gesamtschulkooperation mit Bornheim mit Standorten in Merten und Heimerzheim. Bis es soweit ist, muss die exzellente Arbeit und Qualität der Sekundarschule in Heimerzheim intensiv unterstützt werden.

RHEIN SIEG SPD
www.spd-swisttal.de
www.spd-rhein-sieg.de

Herausgeber: SPD-Kreisverband Rhein-Sieg | Günter Freitag (V.i.S.d.P.) | Frankfurter Str. 47 | 53840 Troisdorf | Seite 1 und 4 : SPD-Ortsverein Swisttal | Tobias Leuning (V.i.S.d.P.).

AUSGABE **SWISTTAL**

klartext

ZEITUNG DER SPD IM RHEIN-SIEG-KREIS

Nov. 2018

SPD: „TEMPO 30“ VOR SCHULEN UND KITAS

>>> Grundsätzliche Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h vor Kindergärten und Schulen in Swisttal fordert die SPD-Fraktion. Auf SPD-Antrag beauftragte der Planungs- und Verkehrsausschuss die Bürgermeisterin, mit dem Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten zu erörtern. Dies betrifft nach Meinung der SPD die Flamersheimer Straße in Odendorf in Höhe der Villa Kunterbunt und des katholischen Kindergartens sowie in Heimerzheim die Kölner Straße am Neubau der Kinderkurse und besonders dringlich in Höhe von katholischem Kindergarten und Altem Kloster, in dem u.a. der Offene Treff für Jugendliche sowie ein Begegnungszentrum für Seniorinnen und Senioren untergebracht sind. Viele Besucher parken auf dem gegenüberliegenden Velten-Platz und überqueren die Kölner Straße im Kurvenbereich, wo bisher 50 km/h gefahren werden darf. Dort hatte das Straßenverkehrsamt Geschwindigkeitsbegrenzungen und zuletzt auch die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs stets abgelehnt, u.a. mit dem Verweis auf die Bedeutung der Landesstraße für den überörtlichen Verkehr. Im letzten Jahr aber hat die Bundesregierung die Straßenverkehrsordnung dahingehend geändert, dass im Bereich von Kindergärten, Schulen, Pflegeheimen oder Krankenhäusern auch auf Bundes- und Landesstraßen eine Begrenzung auf 30 km/h angeordnet werden kann.

EINSATZ FÜR JUGENDARBEIT

Vereine rufen 13.000 Euro für Kinder und Jugendliche ab

>>> Ein voller Erfolg ist die von der SPD-Fraktion durchgesetzte Erhöhung der Zuschüsse an Vereine für die Kinder- und Jugendarbeit (50 Euro je Verein pauschal und 10 Euro je aktiven Jugendlichen). Die Verwaltung verzeichnet eine stark gestiegene Zahl von Anträgen.

„Der Zuschuss ist wieder attraktiv. Die Vereine rufen wieder Geld für die Förderung von Kinder und Jugendlichen ab“, so Tobias Leuning, Vorsitzender des Ausschusses für Generationen und Sport. Die veranschlagten 4.000 Euro waren schnell ausgeschöpft. Bis Oktober wurden Zuschüsse von ca. 13.000 Euro gewährt, die aus anderen Haushaltsposten gedeckt werden konnten. Die SPD wird sich dafür einsetzten, den Haushaltsposten noch einmal zu erhöhen, sodass auch in Zukunft möglichst alle Anträge bewilligt werden können, kündigt der SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Euler an.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählte und **schärfte Profil** *Seite 2*

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der Bremse *Seite 3*

SPD fordert **Radweg** an der L 182 *Seite 4*

Gesamtschule für Swisttal ins Gespräch gebracht *Seite 4*

„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ -

SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). Kassiererin ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flöer (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).

Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

Anzeige der SPD-Kreistagsfraktion

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus. Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktienanteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.

SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspurigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.